



öffentlich

Betreff:

Bad für den Norden der Landeshauptstadt Potsdam

Einreicher: Fraktion CDU

Erstellungsdatum: 09.12.2022

Freigabedatum: _____

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung

Gremium

Zuständigkeit

25.01.2023

Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam

Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen:

1. Ob im Potsdamer Norden - einschließlich der Ortsteile und unter Berücksichtigung der Entwicklung von Krampnitz - in absehbarer Zeit bzw. schon jetzt Bedarf an einem Schwimmbad, vorzugsweise einem Hallenbad besteht,
2. welche Standorte zur Realisierung geeignet wären, zur Verfügung stehen bzw. verfügbar gemacht werden können,
3. welche Modelle zur Realisierung denkbar sind, wobei die verschiedenen Öffentlich-Privaten-Partnerschafts-Modelle (ÖPP) sowie die Nutzung oder Mitnutzung privater Immobilien und Flächen mitbetrachtet werden soll.

Das Ergebnis bzw. der Stand der Prüfungen ist bis Oktober 2023 im Ausschuss für Bildung und Sport vorzustellen.

gez.

Fraktionsvorsitzende/r

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:

Termin:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Der Potsdamer Norden ist eines der Hauptwachstumsgebiete der Landeshauptstadt Potsdam. Neben dem Bevölkerungswachstum entsteht durch neue Schulen und Vereine zunehmend Bedarf an Wasserzeiten, die möglichst standortnah gedeckt werden sollen. Im Zuge der Entwicklung der Wohngebiete und dem Bau neuer Schulen sollte parallel die benötigte Sport- und Ausbildungsinfrastruktur mitentwickelt werden. Aufgrund der angespannten Haushaltslage und der möglicherweise zu erwartenden enormen Investitionen sollten alle Realisierungsmodelle in die Prüfung einbezogen werden. Erfahrungen anderer Kommunen sollten ggf. genutzt werden.